

Motion Edith Leibundgut (CVP): Bessere Rahmenbedingungen für ansässige Unternehmen durch Abbau bürokratischer Hürden und Lasten

Für eine attraktive und florierende Stadt sind gut funktionierende Unternehmungen sowie eine stetige wirtschaftliche Weiterentwicklung von zentraler Bedeutung. Bestehende und neue Unternehmen sichern, respektive schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sondern sind auch eine wichtige Quelle zur Finanzierung staatlicher Aufgaben. Entsprechend hat die Stadt Bern für bestehende und neue Unternehmen ein optimales Umfeld zu schaffen.

Bis anhin tut sie wenig dazu. Um in unserer Stadt auch nur ein einziges Stück Seife, Schokolade, Hightech-Teil oder was auch immer rechtmässig zu produzieren, vergehen leicht eineinhalb Jahre. Bis der Bewilligungsdschungel in unserer Stadt bewältigt ist, verliert das Unternehmen schon alleine durch den zeitlichen Aufwand so viele finanzielle Mittel, dass noch und noch Arbeitsplätze verloren gehen oder jung aufstrebende Unternehmen mit geringer Kapitalbasis auf Grund auflaufen, noch bevor sie in den Markt eintreten.

Durch die Gründung meiner eigenen Firma Starsoap weiss ich, was es bedeutet, einen Produktionsbetrieb in unserer Stadt aufzubauen oder umzugsbedingt neu einzurichten. Nicht etwa der Aufbau oder Umzug einer Anlage, die Entwicklung und Patentierung eines Produktes oder der eigentliche Markteintritt stellten dabei die grössten Herausforderungen dar, sondern die unzähligen unübersichtlichen Bestimmungen und Bedingungen der Stadt welche von allen Seiten unkoordiniert über das Unternehmen hereinbrechen.

Wenn die Stadt mit ihrer ohnehin übertrieben hohen Steuerbelastung nicht im Bereich der Kundenfreundlichkeit gegenüber den KMU punkten kann, muss sie sich über prominente Wegzüge nicht wundern und über mangelnde Zuzüge nicht klagen.

Forderungen

1. Die Abläufe sind verwaltungsintern so zu vereinfachen, zu verbessern und mit dem Kanton zu koordinieren, dass eine optimale zeitliche Abwicklung z.B. eines Baugesuches möglich wird. Dabei muss der zeitliche Rahmen für die verschiedenen Bewilligungen für Firmen kalkulierbar werden.
2. Die Strukturen sind aufgrund bereinigter Abläufe zu überprüfen und kundengerecht (auf KMU zugeschnitten) auszugestalten. Die Kundenfreundlichkeit ist entsprechend zu kommunizieren.
3. Erwartete Standards (z.B. für Belüftungsanlagen) sind so übersichtlich zu gestalten, dass sie von Unternehmern auf Anhieb erkenn- und einsehbar sind und die daraus zu erwartenden Kosten berechenbar werden.
4. Ein Fragebogen zur Effizienz der Zusammenarbeit zwischen Gewerbetreibenden und der Verwaltung soll auf möglich Schwierigkeiten und fehlerhafte Abläufe aufmerksam machen.
5. Alle städtischen Auflagen für Unternehmungen sind auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Unnötige Vorschriften sind aufzuheben resp. dem zuständigen Organ zur Aufhebung zu unterbreiten.

Bern, 20. November 2008

Motion Edith Leibundgut (CVP), Manfred Blaser, Peter Bernasconi, Beat Schori, Roland Jakob, Simon Glauser, Bernhard Eicher, Thomas Weil, Henri-Charles Beuchat, Reto Nause, Jacqueline Gafner Wasem, Peter Bühler, Dieter Beyeler, Ueli Jaisli, Erich J. Hess, Dolores Dana, Philippe Müller, Karin Feuz-Ramseyer, Thomas Balmer, Beat Gubser

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionärin, dass den Unternehmungen in der Stadt Bern gute, konkurrenzfähige Rahmenbedingungen geboten werden sollen. Der Gemeinderat ist aber auch der Meinung, dass die Stadt Bern grundsätzlich ein attraktiver Wirtschaftsstandort ist, denn in den vergangenen Jahren waren u.a. kaum je grössere Raumleerstände zu verzeichnen. Wenn Arbeitsflächen leer wurden, so waren sie - wenn sie auch nur einigermaßen marktfähig waren - kurze Zeit später wieder belegt.

Beim Wirtschaftsamt melden sich kontinuierlich Firmen mit dem Ziel, am Standort Bern zusätzlich oder neu Raum in Anspruch nehmen zu können und nutzen hierfür den Raumvermittlungsdienst. Soweit möglich, vermittelt das Wirtschaftsamt Standorte in der Stadt Bern. In einzelnen Fällen ist dies jedoch mangels Angeboten auf Stadtgebiet leider nicht möglich. In diesen Fällen werden Standorte in der Region vermittelt.

Die wenigen Firmenwegzüge aus der Stadt erfolgten praktisch ausnahmslos aufgrund fehlender Erweiterungsmöglichkeiten oder weil auf Stadtgebiet kein Ersatzstandort angeboten werden konnte. Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt Bern in den vergangenen Jahren zunahm. Über Firmenbewegungen gibt es keine offiziellen Daten. Seit Anfang 2007 erstellt aber das Wirtschaftsamt eine Auswertung des SHAB für Stadt und Region Bern. Die Bilanz der Firmen sieht dabei wie folgt aus: 2007 standen 47 Zuzüge in die Stadt Bern 3 Wegzügen gegenüber, im Jahr 2008 waren es 63 Zuzüge und 9 Wegzüge. An dieser Stelle sei ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Stadt Bern nach wie vor die einzige grosse Schweizer Stadt ist, die über mehr Arbeits- als Wohnplätze verfügt.

Der Gemeinderat ist wie die Motionärin auch der Ansicht, dass Bewilligungsverfahren möglichst kundenfreundlich auszugestalten sind. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die für die Wirtschaft massgeblichen Verfahren vom Kanton festgelegt und damit durch übergeordnetes Recht geregelt sind. Der Gemeinderat ist jedoch bereit, sich beim Kanton für Vereinfachungen einzusetzen und zu prüfen, ob es auf Gemeindeebene noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Bei einer Annahme der Motion durch den Stadtrat sind Kosten für die Umsetzung zu erwarten. Die konkreten Auswirkungen für das Personal und die Finanzen könnten jedoch erst im Rahmen der Prüfung erhoben werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 29. April 2009

Der Gemeinderat